

Ulrike Eifler (Hrsg.)

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Zur Rolle
der Gewerkschaften
in der Friedensbewegung



Ulrike Eifler, geb. 1975, studierte in Marburg Politologie und Sinologie. Im Anschluss arbeitete sie als Journalistin und Hörbuchrezensentin. Von 2009 bis 2019 war sie in unterschiedlichen Funktionen als Gewerkschaftssekretärin für den DGB tätig, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen. Von 2019 bis 2020 leitete sie das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Genf. Aktuell arbeitet sie als politische Sekretärin in der IG Metall Geschäftsstelle Würzburg. Bisher von ihr im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen ist *Gewerkschaftliche Machtressourcen zwischen Autoritarismus und Aufbruch. Globaler Protestzyklus und Globalisierung des Autoritarismus*, Münster 2023.

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2024

© 2024 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle, Münster

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff

ISBN 978-3-89691-095-0

Inhalt

<i>Heinz Bierbaum</i> Vorwort	7
<i>Ulrike Eifler</i> Den Frieden gewinnen nicht den Krieg – Zur Einführung	12
<i>Andreas Zumach</i> Ursachen und Auswirkungen des Krieges in der Ukraine	22
<i>Ingar Solty</i> Die sechs-Dimensionen-Krise des globalen Kapitalismus und der Ukraine-Krieg	38
<i>Kai Eicker-Wolf</i> Verteilungsfragen in der „Zeitenwende“	81
<i>Hannes Draeger</i> Der Rechtsruck aus der Mitte	94
<i>Wolfgang Däubler</i> Ukraine-Krieg und Gewerkschaften	99
<i>Jürgen Peters</i> Gewerkschaften in einer mächtigen, unüberhörbaren Friedensbewegung	108
<i>Anne Rieger</i> Die Sorge vor dem Atomkrieg – die Aufgaben der Friedensbewegung	113
<i>Ulrike Eifler / Thomas Händel / Robert Weissenbrunner</i> In den Gewerkschaften die Debatte zu Krieg und Frieden führen	123
<i>Ulrike Eifler</i> Der Abschluss bei der Deutschen Bahn – Tarifpolitik in Zeiten von Krise und Krieg <i>Ein Interview mit Andreas Müller</i>	132

<i>Janine Wissler</i> Der Logik des Militärischen die internationale Solidarität entgegensetzen Für eine breite und starke Friedensbewegung	143
<i>Özlem Alev Demirel</i> Um Kriege zu beenden, braucht es gesellschaftliche Gegenmacht	150
<i>Valentina Orazzini</i> Die Gewerkschaften spielen eine Schlüsselrolle	159
<i>Jeremy Corbyn</i> Gegen Krieg und Sozialabbau – Für eine Bewegung, die den Menschen Hoffnung gibt	164
Autorenverzeichnis	177
Anhang	179

Ukraine-Krieg und Gewerkschaften

I. Die Ausgangssituation

Unterschiedliche Angriffskriege

Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine war und ist ein Angriffskrieg. Wir haben ihn verurteilt, aus guten Gründen. Ein Oligarchenland hat ein anderes Oligarchenland überfallen. Wir sehen jeden Tag im Fernsehen, was der Krieg für die betroffenen ukrainischen Menschen bedeutet. Über das Schicksal russischer Soldaten erfahren wir nur, dass sie gelegentlich „vernichtet“ wurden. Aber wir wissen: Jeden Tag sterben zahllose Menschen in diesem Krieg.

Bei den Angriffskriegen der USA gegen Serbien, Irak, Afghanistan und Libyen haben wir uns anders verhalten. Da gab es keine Verurteilung. Und wir sahen nur ganz selten Ruinenbilder oder Interviews mit Verletzten. Bei Serbien und Afghanistan haben wir selbst mitgemacht. Was wäre wohl passiert, hätten wir stattdessen damals gefordert, Sanktionen gegen die USA zu verhängen? Oder gar, den US-Präsidenten vor ein internationales Tribunal zu stellen? Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es eben nicht dasselbe. Die Doppelmoral ist ersichtlich Teil der sogenannten wertorientierten Demokratie. Das ist auch heute noch so: Frau Baerbock sagt nichts über die Aggression der Türkei gegen die Kurden oder über das Verhalten Israels in den besetzten Palästinensergebieten. Denn die Menschen sollen ja nicht das Falsche denken. Sie sollen weiter die Überzeugung haben, dass wir die Guten sind und alles auf der Welt in Ordnung wäre, wenn es überall so zugehe wie bei uns. Doch wir sind heute dem Märchenalter entwachsen.

Es ist legitim, dass wir uns im Ukraine-Konflikt anders als in den übrigen Fällen verhalten – aber wir sollten uns bewusst sein, dass die veröffentlichte Meinung auf dem US-Auge blind ist.

Zur Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts

Was wir allerdings häufig auch verdrängen, ist die Vorgeschichte des Konflikts. Bei der deutschen Einheit wurde hoch und heilig versprochen, dass sich die NATO

nicht über die bisherigen Ostgrenzen hinaus ausdehnen wolle. Nicht mal das DDR-Gebiet sollte einbezogen werden. Nur hat man versäumt, dies schriftlich niederzulegen und einen Vertrag zu schließen – die damalige sowjetische Führung hat nicht mehr perspektivisch gedacht. In den folgenden drei Jahrzehnten hat sich die NATO immer weiter ausgedehnt, nach Polen und Ungarn; Tschechen und Slowaken kamen hinzu, dann die baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien. In einem anderen Teil der Welt verbündete sich Georgien zeitweise mit dem Westen. Für die Russen musste das nach Einkreisung aussehen. Wer von außen her das Verhalten des Westens auf dem Balkan und in der Dritten Welt beobachtet, hat guten Grund, sich bedroht zu fühlen.

Was wir auch verdrängen, sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der ukrainischen Armee und den abgespaltenen Republiken im Osten. 15.000 Menschen sind dort seit 2014 vorwiegend durch ukrainische Einwirkung gestorben. Man kann dort zerstörte Dörfer sehen – ganz ähnlich denen, die heute die Russen in der Ukraine zusammenschießen.

Beides – der Wortbruch des Westens wie die Beschießung der Ostukraine – kann den russischen Einmarsch in der Ukraine nicht rechtfertigen. Irgendwie scheint das Denken der russischen Führung hinter der Entwicklung zurückgeblieben zu sein. Was kann man tun, wenn man sich schlecht behandelt oder nicht ganz zu Unrecht bedroht sieht, aber über große Rohstoffvorkommen verfügt, von denen die Gegenseite abhängig ist? Man tut dasselbe wie einstens die OPEC im Jahre 1974: Man stoppt die Lieferungen und erklärt, in Zukunft koste das Gas und das Erdöl das Dreifache. Das ist zwar Vertragsbruch – aber ist ein Vertragsbruch nicht eine Lappalie, verglichen mit einem Krieg? Die russische Regierung steht eben nicht in der sozialistischen Tradition, und deshalb waren ihr die geopfert Menschenleben relativ gleichgültig.

Wirtschaftliche Sanktionen

Deutschland hat wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt und sich damit selbst ganz erheblich geschadet. Wir alle spüren dies heute an den Energiepreisen. Aber getroffen sind dadurch nicht nur die einzelnen Bürger, sondern auch kleinere Unternehmen wie zum Beispiel Bäckereien, die kaum mehr ihre Kosten tragen können. Für die Großen ist das in der Regel kein Problem: Sie verlagern ihre Produktion in Länder wie die USA, wo die Energiepreise bei einem Sechstel oder einem Siebtel der unsrigen liegen. Und die Kolleginnen und Kollegen in den deutschen Betrieben können damit rechnen, bestenfalls mit einem Sozialplan abgefunden zu werden. Niemand traut sich, wirklich dagegen aufzustehen,

obwohl Österreich und Italien weiter preiswertes russisches Öl beziehen. Auch wir sind in diesem Punkt nicht besonders konsequent, weil wir das russische Öl von Drittstaaten wie Indien kaufen – allerdings zu weit höheren Preisen. Die Außenpolitik erweist sich wirtschaftlich als Bumerang.

Waffenlieferungen

Deutschland verhängt nicht nur wirtschaftliche Sanktionen. Wir liefern Waffen an die Ukraine, immer stärkere Waffen. Zunächst war unsere Regierung noch gegen einzelne Lieferungen, aber bisher hat sie nach einiger Zeit immer nachgegeben. Ich hatte da von Anfang an kein Vertrauen, dass sie wirklich hart bleibt. Irgendwie erinnert mich das an die Kriegskredite im Ersten Weltkrieg, denen die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag zugestimmt hatte. Man wollte kein „vaterlandsloser Geselle“ mehr sein, und vermutlich hat man intern gewaltig mit sich gerungen und das Gewissen ganz intensiv befragt – aber das Ergebnis war immer dasselbe.

Und die Grünen? Aus der Friedenspartei ist eine Organisation geworden, an der die Waffenproduzenten ihre helle Freude haben. Ich frage mich nur: Sind die Waffen eigentlich umweltverträglich? Ein „Leopard“ verbraucht mehr als 500 Liter Kraftstoff auf 100 Kilometer (Döschner 2012), der amerikanische Abrams bringt es sogar auf 700 Liter für 100 km (Hautkapp 2023). Aber das war für die Grünen nie ein Thema – wenn es gegen die Russen geht, ist die Klimakrise vergessen. In der Geschwindigkeit des Umfallens sind die Grünen rekordverdächtig. Man muss nur dem ehemaligen Friedensfreund Anton Hofreiter zuhören.

Die Rüstungsindustrie hat Hochkonjunktur. Der Kurs der Rheinmetall-Aktie ist auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Übrigens: die gleiche Firma hatte auch die russische Armee als großen und zahlungskräftigen Kunden. Das geht nun nicht mehr. Vor Jahren hatte sie vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Main gegen das Verbot der Bundesregierung geklagt, ein „Gefechtsübungszentrum“ an die russische Armee zu liefern (Rheinische Post 2014). Schließlich muss man doch als Unternehmen das Recht haben, überall auf der Welt Profite zu machen – sagten sie. Auch das scheint Teil der wertorientierten Demokratie zu sein.

II. Das Fehlen strategischer Vorstellungen

Was ist das Ziel der Waffenlieferungen? Manche sagen: Die Ukraine muss den Krieg gewinnen und die Russen aus ihrem Territorium vertreiben. Andere sind

vorsichtiger und sagen, die Ukraine dürfe den Krieg nicht verlieren. Das ist alles, was man über die Kriegsziele sagt; an diesem Punkt hört das Nachdenken auf.

Doch wir lassen uns das Denken nicht verbieten. Was geschieht, wenn sich die Russen als stärker erweisen und den ganzen Donbass erobern und vor Kiew stehen? Oder umgekehrt: Was passiert, wenn sie sich zurückziehen müssen und dann zur Atombombe oder zu anderen Massenvernichtungswaffen greifen? Darüber redet man kaum in unseren Medien. Die Gefahr ist real, wenn beispielsweise die Krim erobert werden soll – so konnte man es von Erich Vad, einem ehemaligen Brigadegeneral der Bundeswehr hören, der über lange Jahre Bundeskanzlerin Merkel beraten hat. Putin hat den Einsatz immer wieder als reale Möglichkeit bezeichnet. Und wir müssen damit rechnen, dass er damit ernst macht. Denkbar ist auch, dass er chemische oder biologische Waffen einsetzt oder dass es einen riesigen Atomunfall in Saporischschje gibt, der Tschernobyl weit in den Schatten stellt.

Was dann geschieht, weiß niemand. Kommt dann der große Schlagabtausch, bei dem von Europa, speziell von Deutschland, kaum mehr etwas übrig bleibt? Wenn sich solche Fragen stellen, muss man immer die Interessen der beteiligten Staaten, insbesondere der Russen und der Amerikaner im Auge behalten. Die USA anzugreifen, würde einen so umfassenden Gegenschlag auslösen, dass große Teile der Welt unbewohnbar würden. Das wird also kaum geschehen. Aber wenn es nur Europa trifft? Das war die große Sorge der Friedensbewegung in den 1980er Jahren. Da könnten doch einige mächtige Leute auf die Idee kommen – so fürchtete man damals – es sei gar nicht so schlimm, wenn sich Europa und Russland gegenseitig zerstören, man wäre gleich zwei Konkurrenten los. Krokodilstränen würden sie in Washington vergießen, wegen der zerstörten europäischen Städte und der zerstörten kulturellen Werte.

In diese Situation dürfen wir niemals kommen. Wir müssen uns auf unsere eigenen Interessen besinnen. Davon spricht man wenig in Berlin – nicht bei der Ampel und nicht bei der CDU/CSU.

III. Alternative Überlegungen

Wir können die Geographie nicht ändern. Russland liegt nun mal zu einem beträchtlichen Teil in Europa. Es gibt keine europäische Sicherheit ohne Russland und ohne die Ukraine. Wir haben ein vitales Interesse daran, diese Sicherheit wiederherzustellen. Man muss die andere Regierung nicht als Freund betrachten, aber man muss ihre legitimen Sicherheitsinteressen respektieren.

Stopp der Waffenlieferungen

Was können wir tun? Ich habe da meine eigene Vorstellung. Im Zweiten Weltkrieg sind über 25 Millionen Sowjetbürger gestorben, weil Deutschland die Sowjetunion überfallen hat. Deshalb haben deutsche Waffen für alle Zeiten dort nichts mehr zu suchen, weder in Moskau noch in Kiew. Also keine Waffenlieferungen mehr. Dafür muss man auch im Westen Verständnis haben.

Aber, wird man sagen, die Ukraine ist angegriffen, und deshalb ist es legitim, sie zu unterstützen. Aber Unterstützung muss nicht in der Lieferung von Waffen bestehen. Warum sollten wir nicht mehr Ärzte dorthin schicken und medizinisches Gerät? Das brauchen sie dringend, weil ihr Gesundheitssystem schon vor dem Krieg sehr schlecht war und jetzt völlig am Boden liegt. Und wir können helfen, dass die Infrastruktur wieder funktioniert, die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas, wir können helfen, dass die Bevölkerung weniger leiden muss. Wir wären solidarisch, aber wir wären nicht in Gefahr, zur Kriegspartei zu werden. Unsere Existenz wäre nicht gefährdet. Genau das verlangt die Verfassung von unserer Regierung.

Hat irgendjemand Zweifel, dass die USA die Ukraine weiter verteidigen würden? Sie werden es weiter tun, mit Waffen, aber auch mit sehr viel Geld. Sie haben erklärt, der Krieg würde Russland entscheidend schwächen. Das ist ihre eigentliche Motivation. Und solange sich in den USA die Regierung nicht ändert oder das Parlament definitiv kein Geld mehr bewilligt, wird es dabei bleiben. Ob die Deutschen mitmachen oder nicht, spielt da keine Rolle. Würden wir keine Waffen mehr liefern, wäre die Ukraine keineswegs hilflos der russischen Aggression ausgesetzt.

Mehr Diplomatie wagen

Allerdings gibt es in den USA auch andere Stimmen. Eine diplomatische Lösung ist das, was mit Sicherheit eines Tages kommen wird. Da sind sich alle einig. Das hat auch der US-Generalstabchef Mark Milley gesagt. Und die Rand Corporation, die die US-Regierung berät, hat kritisiert, dass man sich bisher zu wenig um diesen Weg gekümmert hat. Es geht nur darum, wann man mit Verhandlungen beginnt.

Müssen erst noch Hunderttausende von Menschen sterben, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt? Es gibt immer wieder Aussagen wie etwa die des früheren israelischen Ministerpräsidenten Bennett, dass man sehr nahe bei einer Einigung war. Auch von türkischer Seite gibt es entsprechende Berichte. Es hat Abkommen gegeben über Getreidelieferungen und über den Austausch von

Gefangenen. Und der Besuch des US-Präsidenten Biden in Kiew war mit den Russen abgesprochen. Es gibt sie also, die Diplomatie, man muss sie nur etwas energischer betreiben. Und es gibt Vermittler wie den brasilianischen Präsidenten Lula oder den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping. Nur im Westen sucht man solche Leute vergebens.

Der diplomatische Weg ist der Einzige, der zum Ziel führt. Eine Feuerpause wäre ein entscheidender erster Schritt, weil dabei keine Seite Konzessionen machen muss. Wenn man sich jetzt an einen Tisch setzt, hört das Sterben auf beiden Seiten auf. Wenn man es erst in ein oder zwei Jahren macht, muss man mit weiteren einhundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Opfern rechnen. Ich bin dafür, diese Menschenleben zu bewahren. Ein Krieg hat noch nie eine gute Lösung hervorgebracht. Weg mit dem Kriegsgeschrei! Weg mit den Waffenlieferungen! Wir sollten den Anfang machen.

IV. Die Rolle der Gewerkschaften

Beim Kampf um eine Friedenslösung müssten die DGB-Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen. Gewerkschaften orientieren sich seit ihrer Gründung an den elementaren Interessen der abhängig Beschäftigten: Angemessener Lohn, Beschränkung der Arbeitszeit, humane Arbeitsbedingungen, insbesondere Schutz vor gesundheitlichen Schäden, ausreichende Versorgung im Alter. Alle diese Ziele lassen sich nicht wirksam verfolgen, wenn das „Umfeld“ nicht stimmt. Ohne Klimaschutz ist für die nächste oder die übernächste Generation alles umsonst; wenn der Hurrikan regelmäßig die Häuser zerstört, interessiert sich niemand mehr für Lohnerhöhung und kürzere Arbeitszeit. Und ohne Frieden? Wenn der Krieg im eigenen Land wütet, herrschen nur noch militärische Grundsätze und Unterordnung. Wenn es um ein verbündetes Land geht, werden Milliarden locker gemacht, die für andere Zwecke fehlen. In der aktuellen Situation haben Bundestag und Bundesrat sogar das Grundgesetz geändert, um trotz Schuldenbremse ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro ins Leben zu rufen – ein „Vermögen“, das ausschließlich aus Schulden besteht. Außerdem soll der Rüstungsetat das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen; zwei Prozent des Bruttosozialprodukts sollen für militärische Zwecke ausgegeben werden.

Dies alles geht nur, wenn man an anderer Stelle spart. Wo gespart wird, das hängt in unserer „werteorientierten Demokratie“ davon ab, wo die geringsten Widerstände zu erwarten sind. So sollten etwa nach ursprünglicher Planung im Bundeshaushalt 2024 die Ausgaben für „Humanitäre Hilfe und Krisenprävention“ gegenüber dem Vorjahr um 34 Prozent gekürzt werden – Panzer sind

ersichtlich im Vergleich dazu sehr viel wichtiger geworden. Das Bafög sollte um 24 Prozent reduziert werden, die Bundeszentrale für politische Bildung sollte 21 Prozent weniger bekommen. Ein Land, das keine Rohstoffe hat und das deshalb von der Intelligenz und dem Einfallsreichtum seiner Menschen lebt, spart bei der Bildung, ein Land, über das gerade eine rechtsradikale Welle schwappt, spart an der politischen Aufklärung. Und auch Migrationsbeauftragte sollten 20 Prozent weniger bekommen (wir haben kein Integrationsproblem), und das Wohngeld sollte um 17 Prozent gekürzt werden (weil es ja preiswerten Wohnraum in Hülle und Fülle gibt) (Brandt 2023). Man muss das nicht kommentieren – zumal die Gefahr groß ist, dass man die Grenze zur Beleidigung überschreiten würde. Im Vergleich dazu zeichneten sich – so viel sei gesagt – die Bürger von Schilda geradezu durch staatsmännische Größe aus.

Wie stellen sich die Gewerkschaften zu dieser Entwicklung? Ich habe nirgends einen Aufschrei vernommen; irgendwie ist Burgfriedenspolitik wie im Ersten Weltkrieg angesagt. Immerhin: Der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann sah die geplante massive Steigerung der Verteidigungsausgaben kritisch. Diese könne zu Lasten der sozialen Absicherung in Deutschland gehen, sagte er im Deutschlandfunk, davor sei zu warnen. Er forderte zudem weitere Entlastungen für Privathaushalte zum Ausgleich für die gestiegenen Energiepreise. Ein Stück Problembewusstsein ist also da. Allerdings hätte man eine deutliche Aussage in der Richtung erwarten können, dass die 100 Milliarden Euro für nützlichere Dinge verwendet werden könnten. Natürlich fehlen diese 100 Milliarden in der Bildung, in Pflegeeinrichtungen und in der Verkehrsinfrastruktur – das ist nicht nur eine unerfreuliche Möglichkeit oder eine Gefahr, die vielleicht auf uns zukommt und vor der man warnen sollte, sondern harte Realität. Und sie verdient harte Kritik und nicht nur einen Hinweis auf die Gefahr von künftigem sozialem Abbau. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen: Gewerkschaftlichen Stellungnahmen zu vielen politischen Fragen sind häufig so formuliert wie die einer Lobbyorganisation, die ihre Gesprächspartner im Ministerium nicht vor den Kopf stoßen will.

Der ver.di-Bundeskongress vom September 2023 hat diese grundsätzliche Linie nicht verlassen, allerdings mehr als sonst üblich Kritik geübt (ver.di 2023). Etwas befremdlich ist der in der Eingangspassage befindliche Satz: „Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen.“ Nicht erwähnt wird dabei, dass das ukrainische parlamentarische System schon in der Vergangenheit Schlagseite zugunsten der Oligarchen hatte, dass Korruption an der Tagesordnung war und dass mit Beginn des Krieges gerade auch Arbeitnehmerrechte drastisch beschnitten wurden

(Vlatten 2023). Die Waffenlieferungen werden im Grundsatz bejaht; auf die Ursachen des Konflikts wurde nicht eingegangen. Sanktionen sollen sich gegen die Führung und die Oligarchen, nicht gegen das Volk richten, doch wird erkannt, dass sich dies angesichts intransparenter Vermögensverhältnisse nicht realisieren lasse. Die Konsequenz, auf Sanktionen zu verzichten, wird aber nicht gezogen; auch wird nichts dazu gesagt, welche negativen Wirkungen sie auf Bürger wie Unternehmen in der Bundesrepublik hatten. In den Zeilen 110 ff. finden sich aber sogar kritische Ausführungen zum 100 Milliarden Euro-Sondervermögen: „Die Behebung der bestehenden Mängel (bei der Bundeswehr) bedarf finanzieller Mittel. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher von ver.di abgelehnt“ (ver.di 2023). Richtig, aber wer wird sich wohl von diesem langen Satz beeindrucken oder gar in seinem Verhalten beeinflussen lassen? Wie wäre es, wenn man gegen diese „mehr als fragwürdige“ Aktion zu Demonstrationen aufrufen würde? Undenkbar, einen „Zusatzantrag“ mit diesem Inhalt zu beschließen.

Diese letztlich immer staatstragende Rhetorik ist einer der Gründe, weshalb sich bis zu den aktuellen Streiks niemand mehr so recht für die Gewerkschaften erwärmen wollte und die Mitgliederzahlen zurückgingen. Gewerkschaften dürfen keine Angst davor haben, sich auch einmal „unangepasst“ und nicht den Regeln entsprechend zu verhalten; sie müssen es aushalten können, dass der eine oder andere Minister grimmig schaut und mit Liebesentzug droht oder gar ein Gespräch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden ablehnt.

Das zu ändern, müsste eigentlich gar nicht so schwierig sein. Man muss nicht immer von „Unserer freiheitlichen Ordnung“ und „Unserer demokratischen Gesellschaft“ sprechen. Man könnte auch mal sagen: Diese Ordnung, die wir uns so nicht ausgesucht haben, kennt enorme Ungerechtigkeiten beim Einkommen, beim Vermögen, bei den realen Einflussmöglichkeiten. Das ist keineswegs „unsere Ordnung“, sondern eine, die wir bei Beginn unseres Lebens vorgefunden haben und an deren Umgestaltung wir arbeiten. Wäre das wirklich zu viel verlangt?

Literatur

- Börse: Rheinmetall-Aktie, www.boerse.de/historische-kurse/Rheinmetall-Aktie/DE0007030009
- Brandt, Mathias (2023): „Wo wird im Bundeshaushalt 2024 gespart?“, Statista, 06.09.2023, Hierzu und zum Folgenden <https://de.statista.com/infografik/30763/entwicklung-der-ausgaben-fuer-ausgewahlte-posten-des-bundeshaushalts/>
- Döschner, Jürgen (2012): „Schwindende Reserven – mehr Kriege ums Öl“, tagesschau, 03.07.2012, <https://www.tagesschau.de/ausland/oelmilitaer-ts-100.html>
- Hautkapp, Dirk (2023): „Ukraine-Krieg: Das kann der US-Kampfpanzer ‚Abrams‘“, Berliner Morgenpost, 25.01.2023, <https://www.morgenpost.de/politik/article237464083/abrams-panzer-ukraine-krieg-kampfpanzer-usa.html>
- Rheinische Post (2014): „Gericht weist Klage von Rheinmetall ab“, Rheinische Post, 28.08.2014, https://rp-online.de/wirtschaft/gericht-weist-klage-von-rheinmetall-ab_aid-20229501
- ver.di: Kongressunterlagen zum ver.di-Bundeskongress, file:///C:/Users/wolfg/Downloads/Antrag%20E%20084%20Beschlussfassung.pdf, abrufbar über <https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2023/antraege-kongressunterlagen>
- Vlatten, Peter (2023): „Ukraine – welchen Staat unterstützt Deutschland eigentlich?“, Gewerkschaftliche Linke Berlin, 26.06.2023, <https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/ukraine-welchen-staat-unterstuetzt-deutschland-eigentlich/>